

Pakistan setzt das Heiratsalter auf 18 Jahre herauf

19. July 2024



Pakistanisches Hochzeitpaar

Quelle: Pixabay

Pakistan hat das Heiratsalter für alle Mädchen und Jungen auf 18 Jahre angehoben. Die christlichen Minderheiten des Landes begrüßten das Gesetz als wichtigen Schritt zur Abschaffung von Zwangsbekehrungen.

Der Gesetzesentwurf «Christian Marriage (Amendment) Act, 2024» wurde von beiden Kammern der Nationalversammlung verabschiedet und bedarf nur noch der endgültigen Unterschrift durch den Präsidenten des Landes, Asif Ali Zardari.

Das Gesetz wurde von Naveed Amir Jeeva, einem christlichen Abgeordneten, eingebracht. Er begründete den Antrag mit der «Verantwortung des Staates, Kinder vor Ausbeutung zu schützen und ihre verfassungsmässigen Rechte zu wahren». Bislang galt in dem mehrheitlich muslimischen Land eine Altersgrenze

für Männer von 16 und für Frauen von 13 Jahren, wenn diese zur christlichen Minderheit gehören. Das entsprechende Gesetz stammte aus der britischen Kolonialzeit.

Zwangsbekehrungen und Zwangsheiraten

Bereits im vergangenen Jahr hatte ein christlicher Abgeordneter gefordert, das Gesetz zu reformieren. Im Land gibt es immer wieder Fälle, in denen Mädchen aus christlichen Gemeinschaften gegen ihren Willen mit Muslimen verheiratet werden. Der jüngste Fall ereignete sich erst vor wenigen Wochen, als ein 14-jähriges Mädchen aus einer katholischen Familie entführt wurde, um zum Schein zum Islam zu konvertieren und zwangsverheiratet zu werden.

Islamische Geistliche und islamistische Gruppen lehnten das Gesetz ab.

Konsens der grossen Kirchen

Parlamentarier Jeeva erklärte gegenüber CDI, dass der Änderungsantrag im Konsens mit allen grossen Kirchen Pakistans eingebracht worden sei und deshalb die Abstimmung problemlos überstanden habe. Der Vorsitzende der Anglikanischen Kirche Pakistans, Bischof Azad Marshall, sagte: «Die Kirche unterstützt den Zusatzartikel voll und ganz (...) Er wird dazu beitragen, Zwangsheiraten von minderjährigen christlichen Mädchen zu verhindern und sicherzustellen, dass ihre Gesundheit, ihre Bildung und ihr allgemeines Wohlergehen nicht leiden.»

Der römisch-katholische Bischof Samson Shukardin sprach dem gesamten Parlament seine «aufrichtige Anerkennung für die einstimmige Verabschiedung dieses Gesetzes» aus und fügte die Hoffnung hinzu, dass «die Regierung weitere Schritte unternehmen wird, um erzwungene religiöse Konversionen unter Strafe zu stellen».

Zum Thema:

[Historischer Schritt: Zwangsverheiratetes Mädchen in Pakistan befreit](#)

[Mishal Rasheed: Zwangsverheiratete Christin sucht Gerechtigkeit](#)

[Trotz Druck in vielen Ländern: Asien: Zahl der Christen wächst kontinuierlich](#)

Autor: Reinhold Scharnowski

Quelle: Livenet / Evangelical Focus / Vatican News

Tags